

# Auf die sanftere Tour

**REFORMEN** Karl Marx, das war doch der mit den schrägen Ideen? Von wegen! All die plötzlichen Zeitenwenden und Weltkrisen offenbaren, dass der klassische Kapitalismus keine Antworten mehr für die Zukunft liefert. Das eröffnet die Chance auf einen großen Wurf: eine gerechtere, nachhaltigere Wirtschaftsordnung.

In letzter Zeit klingt es so, als läse Ray Dalio morgens in seiner 2000-Quadratmeter-Villa nicht das »Wall Street Journal«, sondern »Das Kapital« von Karl Marx. »Der Kapitalismus funktioniert so nicht mehr für die meisten Menschen«, sagt Dalio. So für die meisten Menschen war der Mann bislang unverständlich. Er ist Gründer des größten Hedgefonds der Welt. Er besitzt nach Schätzungen rund 22 Milliarden Dollar. Seine Management-Bibel »Die Prinzipien des Erfolgs«, Pflichtlektüre für angehende Investmentbanker, hat sich zwei Millionen Mal verkauft.

Nun aber sagt er solche Sätze über den Kapitalismus: »Werden gute Dinge übertrieben, drohen sie sich selbst zu zerstören. Sie müssen sich weiterentwickeln oder sterben.« Reichtum und Wohlstand würden nur noch einseitig verteilt, wer einmal arm sei, bleibe es auch, von Chancengleichheit kaum mehr eine Spur. Schluss damit, fordert Dalio. Der Kapitalismus gehöre dringend und grundlegend reformiert. Sonst gehe er zugrunde, verdientermaßen.

Es sagt viel aus über die Lage der Welt, wenn ausgewiesene Superkapitalisten plötzlich klingen wie Fans von Karl Marx.

Kritik am Kapitalismus ist erst einmal nichts Neues. Doch im anbrechenden Jahr vier der Pandemie und im Jahr zwei des Ukrainekriegs gewinnt sie merklich an Wucht. Zu vieles funktioniert nicht mehr: Die Globalisierung zerbröselnd und mit ihr das deutsche Wohlstandsmodell. Die Welt verschanzt sich in feindseligen Blöcken. Die Inflation lässt Arm und Reich weiter auseinanderdriften. Nahezu alle Klimaziele wurden verpasst. Und die Politik kommt nicht mehr hinterher, all die immer neuen Risse im System zu kitten.

Die Rufe nach einer neuen Wirtschaftsordnung werden inzwischen aus allen Ecken lauter, auffallend oft aus unvermuteten. Die »Financial Times«, internationales Sprachrohr der Finanzmärkte, verkündete, es sei an der Zeit, dass der Neoliberalismus von der Weltbühne abtrete. Der Staat müsse jetzt ran. In Konzernen von Bosch bis Goldman Sachs wird darüber diskutiert, gesellschaftliche Interessen endlich über die der Aktionäre zu stellen.

Vierorts wird eine große, grundsätzliche Frage gestellt, in Regierungen und Unternehmenszentralen, von intellektuellen Vordenkerinnen und von Pragmatikern: Können wir mit dieser Wirtschaftsordnung so weitermachen? Mit einem Klimakiller-Kapitalismus, der auf immer mehr getrimmt ist: immer mehr Konsum, Profit, Wachstum? Und dabei stets mehr Ungerechtigkeit hervorbringt?

Der Club of Rome stellte die Frage schon 1972. Diskutiert wurde darüber aber lange nur theoretisch, oder besser: ideologisch. Es hörte sich nach Jusos und grünen Fundis an. Nun spricht vieles dafür, dass der Kapitalismus seine beste Zeit tatsächlich hinter sich hat. Zumindest in seiner entfesselten Form der vergangenen 50, 60 Jahre.

Das klingt nach: Es braucht eine Zeitenwende. Noch eine? Schon bei dem Wort mögen viele ermüdet zurückfallen: bloß nicht, dann doch lieber weiterwurschteln. Dabei ließe sich die Sache durchaus positiv wenden: Endlich ist eine echte Chance da, einen sanfteren Kapitalismus zu entwickeln. Gerechter. Nachhaltiger.

Der industrielle Kapitalismus sorgte in der Vergangenheit so konstant für Wohlstand und Wachstum, dass wirklich grundlegend neue Ansätze, wie wir wirtschaften, arbeiten und teilen wollen, nie durchzusetzen waren. Die Geschichte zeigt: Solange das System nur genügend Gewinnerinnen und Gewinner hervorbringt, lassen sich selbst seine offensichtlichsten Auswüchse kaum zurückdrehen.

Inzwischen aber liegen die Schwächen so offen zutage, dass man dafür nicht erst Theoretiker wie Marx oder Thomas Piketty (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«) bemühen muss. Die Globalisierung ist aus dem Ruder gelaufen, fast alle Wohlstandsgewinne landen bei den obersten zehn Prozent der Bevölkerungen. Der wahnwitzige Ressourcenverbrauch ruiniert den Planeten. Die Finanzindustrie schwelgt in immer neuen Exzessen.

Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert es so: »Willkommen in der Welt der Polykrise«. Ein riesiges Problem jagt das nächste, und alle sind miteinander verbunden. Energiekrise, Handelskrieg, drohender Weltkrieg. Die Demokratie liegt unter Beschuss von Populisten und Autokraten.

Noch bis vor Kurzem hätte es für all diese Probleme einen Lösungsvorschlag gegeben: Der Markt wird's schon richten. Aber wer glaubt das heute noch ernsthaft? Vor allem angesichts des großen Multiplikators aller Verwerfungen, der Klimakrise.

Jedenfalls die wenigsten jungen Menschen. Seit Jahren macht sich in den Industrieländern eine spürbare Wut auf den Kapitalismus breit. Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil die Mietpreise explodieren, weil Eigen-



Vordenkerin Mazzucato: Der Staat muss ran

tum unerschwinglich geworden ist. Warum eine ressourcenschonende Wohlstandsmaschine akzeptieren, wenn sie keinen Wohlstand für alle mehr hervorbringt? Dann lieber gleich nur vier Tage die Woche arbeiten.

In Japan wurde ein junger Philosophieprofessor zum Star mit einer ökologischen Kritik des Kapitalismus, die auf Marx basiert. Marx, sagt Kohei Saito, habe schon vor 150 Jahren die Gefahren für den Planeten erkannt, jetzt sei es Zeit, seine Vorschläge ernst zu nehmen: Schluss mit Wachstum. Der vorhandene Wohlstand müsse einfach besser verteilt werden.

Ideen für eine gerechtere, grünere – und trotzdem noch marktwirtschaftliche – Ordnung gibt es inzwischen einige. Die Vorschläge für einen solchen sanfteren Kapitalismus kommen aus unterschiedlichsten ideologischen Lagern, aber gemeinsame Linien sind zu erkennen: weniger Markt, mehr steuernder Staat und weniger Wachstum auf Teufel komm raus. Auffallend ist, dass sie oft von Frauen gedacht werden, von Ökonominen, Philosophinnen, Politikerinnen. Eine weiblichere Weltordnung – auch das hätte einiges für sich.



## I. Warum Millennials Marx wieder ziemlich gut finden

Die Suche nach einem klimafreundlichen, stressfreieren Leben

Die vergangenen 30 Jahre waren ziemlich super, sollte man meinen. Die deutschen Haushaltseinkommen stiegen und stiegen, zwischen 1995 und 2019 um ein Viertel. Die Wirtschaft: eine einzige Wachstumsstory, mit nur ein paar kleinen Unterbrechungen. Insgesamt ging es in allen westlichen Industrieländern immer nur aufwärts. Alle Zahlen und Daten scheinen zu belegen: Der moderne Kapitalismus funktioniert unter dem Strich richtig gut.

Wo bleibt dann der Applaus? Vor allem bei den Jungen, unter 30-Jährigen, kommen stattdessen ganz andere Emotionen hoch: Frust, Resignation, Wut. Und eine neu entdeckte Liebe für sozialistische Ideen. In den USA haben 49 Prozent der 18- bis 29-Jährigen eine positive Meinung über den Sozialismus. Die 32-jährige Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, die sich als »demokratische Sozialistin« bezeichnet und eine Einkommensteuer von 70 Prozent für Spitzenverdiener fordert, ist ein Star mit mehr als 20 Millionen Followern in den sozialen Medien. Fast die Hälfte der Deutschen ist der

Meinung, dass der Kapitalismus die Welt in die Klimakrise geführt hat, wie eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des SPIEGEL zeigt.

Der britische »Economist« sieht bereits den »Sozialismus zurückstürmen«, weil er eine treffende Kritik liefere für alles, was in den westlichen Gesellschaften schiefgelaufen sei. Und das ist einiges, sagt Carla Reemtsma, 24, Sprecherin von Fridays for Future in Deutschland.

»In keinem einzigen Land der Welt ist es gelungen, dass das Bruttoinlandsprodukt wächst und zugleich weniger Ressourcen verbraucht werden«, sagt Reemtsma. Ihr und vielen anderen ihrer Altersklasse geht es nicht um einzelne politische Fragen, sondern um das große Ganze: »um einen grundlegenden Systemwandel, der ein besseres Leben für alle, nicht nur wenige ermöglicht«.

Wenn man Reemtsma fragt, was sie damit meint, sagt sie, »wir als Gesellschaft« sollten uns »wieder kollektiv um Dinge kümmern«. Beispiel Verkehr: Statt einzelne Autos zu subventionieren, solle der Staat lieber Carsharing, den Ausbau der Bahn und der Fahrradwege fördern, wovon alle etwas haben. Das 9-Euro-Ticket für Bahn und Nahverkehr, das die Regierung im Sommer für drei Monate einführt, ist für Reemtsma ein positives Beispiel dafür, wie es in Zukunft gehen könnte: Als soziale Entlastung gedacht, war das Billig-Bahnticket zugleich ökologisch sinnvoll.

Reemtsma studiert »Ressourcenökonomik« in Berlin. Sie glaubt nicht an das Prinzip Wachstum, nicht an das Prinzip Gewinnmaximierung. Reemtsma, so selbstsicher und flink in ihren Gedanken, als wäre sie zehn Jahre älter, schwebt eine »gemeinwohlorientierte Wirtschaft« vor. Begleitet durch eine aktivere Politik: »Wenn man Klimaschutz vor allen Dingen über den Markt regelt, dann kriegen wir ein soziales Problem.«

Das Argument vieler Arbeitgeber, die hohen Kosten für eine umweltfreundlichere Produktion gefährdeten Arbeitsplätze, lässt sie nicht gelten: »Die Autokonzerne machen riesige Gewinne und lagern trotzdem einfachere Arbeiten an Zeitarbeitsfirmen, prekär Beschäftigte aus, die dann mit Lohndumping klarkommen müssen.« Dass es den Konzernen um das Wohl der Arbeitnehmer gehe, »sehe ich nicht«.

Klingt zu sehr nach jungem Idealismus oder linkem Aktivismus? Glenn Hubbard, Professor für Finanz-

wirtschaft an der Columbia Business School und einst Chef-Wirtschaftsberater des damaligen US-Präsidenten George W. Bush, klingt kaum anders: »Ein dauerhaft erfolgreiches Wirtschaftssystem muss den Lebensstandard für möglichst viele erhöhen. Es scheint fraglich, ob der heutige Kapitalismus breite Wohlstandsgewinne ermöglicht.« Stattdessen bringe er sehr viel Wohlstand für wenige.

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung gehören den oberen zehn Prozent mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens, die gesamte untere Hälfte muss sich mit 1,3 Prozent begnügen. Auch die Einkommenszuwächse klaffen auseinander: Während die Kaufkraft des untersten Zehntels der deutschen Gesellschaft zwischen 1995 und 2019 um lediglich knapp 5 Prozent zulegte, gewann das oberste Zehntel gut 40 Prozent dazu.

Hinzu kommen langfristige Trends, die vor allem jüngeren Generationen das Gefühl vermitteln, es nicht mehr auf die Gewinnerseite schaffen zu können, egal wie sehr sie sich anstrengen. Explodierende Mieten machen das Leben in Großstädten zunehmend unbezahlbar. Ihnen droht eine längere Lebensarbeitszeit bei gleichzeitig schrumpfenden Renten. Laut einer repräsentativen Umfrage unter 18- bis 32-Jährigen machen sich knapp drei Viertel Sorgen wegen des sinkenden Rentenniveaus. Wozu die

## »Es scheint fraglich, ob der heutige Kapitalismus breite Wohlstandsgewinne ermöglicht.«

Glenn Hubbard,  
Finanzexperte

ganze Schufterei im kapitalistischen Hamsterrad, wenn es am Ende ohnehin nichts bringt? Das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen früherer Generationen klingt da nur noch hohl.

In den USA sieht es noch dramatischer aus, kritisiert Ray Dalio, der Hedgefonds-Milliardär. Die meisten Einkommen seien über Jahrzehnte wenig oder gar nicht gewachsen. Das Einkommen des obersten Prozents dagegen habe sich seit 1980, dem Beginn der modernen neoliberalen Ära, fast verdreifacht. Dalios Lösungsvorschlag: »Umverteilung«.

11 000 Kilometer entfernt von Dalios Zentrale nahe New York sitzt Kohei Saito in einem kleinen Arbeitszimmer an der Universität von Tokio und wundert sich noch immer, was sein Buch bei der japanischen Jugend ausgelöst hat. Saito, Professor für Philosophie, ist erst 35 Jahre alt und zählt sich damit selbst zu einer Generation, die »stark beeinflusst ist vom Schock der Finanzkrise und vom Atomunfall in Fukushima«. Als Student begann Saito beides zusammenzudenken, Wirtschaftsordnung und Umweltzerstörung, und landete bei: Karl Marx.

»Tatsächlich hat sich Marx viel intensiver als allgemein bekannt mit den ökologischen Folgen des Kapitalismus beschäftigt«, sagt Saito. Er hat dazu 2016 seine Dissertation verfasst, an der Berliner Humboldt-Universität: »Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus«.

Damit erregte er in Fachkreisen einiges Aufsehen. Überraschender ist, was danach kam. Saito schrieb Ende 2020 ein Buch über einen neuen Ökosozialismus und deutete dabei die Klimakrise als »Manifestation der kapitalistischen Produktion« ganz im Sinne von Marx. Aufzuhalten sei der Kollaps des Planeten nur noch durch ein postkapitalistisches System, in dem es kein Wachstum mehr gebe, die gesellschaftliche Produktion verlangsamt und der Wohlstand gezielt umverteilt werde.

Inzwischen wurde sein »Das Kapital im Anthropozän« mehr als eine halbe Million Mal in Japan verkauft. Eine Größenordnung, die sonst »Harry Potter« vorbehalten ist. Bald erscheint sein Buch auch auf Englisch und Deutsch. Der öffentliche Fernsehsender NHK widmete Saitos moderner Marx-Interpretation eine vierteilige Dokumentation. Marx-Literatur erfreut sich seitdem in Buchläden in Tokio erstaunlicher Beliebtheit – darunter auch »Das Kapital« als Manga. Sogar der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida wirbt



Aktivistin Reemtsma: Kein Glaube an das Prinzip Wachstum

inzwischen für ein »Kapitalismus-Upgrade zu einer nachhaltigeren Version«.

Den Erfolg seines Buches erklärt sich Saito damit, dass seine Altersgenossen in Japan schon länger mit wirtschaftlicher Instabilität und den »Exzessen der Globalisierung« hadern. Sie seien offen für einen »new way of life«. All die neoliberalen Maßnahmen wie Deregulierung oder Beschneidung des Sozialstaats, mit denen das Wachstum angetrieben wurde, hätten soziale Gräben und Instabilität hinterlassen. »Warum sollen wir so weitermachen, unser ganzes Leben auf Arbeiten, Geldverdienen, Konsumieren ausrichten, das fragen sich hier viele jüngere Generationen«, sagt Saito.

Die Pandemie sei ein Wendepunkt gewesen. Die sozialen Normen änderten sich plötzlich, statt im Büro blieben viele zu Hause bei der Familie. Saitos Plädoyer für eine marxistische Schrumpfkur mit kürzeren Arbeitszeiten, einem stärkeren Fokus auf weniger profitgetriebene, gesellschaftlich wichtige Arbeit wie die Alten- und Krankenpflege traf den Zeitgeist.

Aber kann Marx, dessen 150 Jahre alte Kapitalismuskritik geschrieben wurde, als noch die Dampfmaschinen ratterten, wirklich eine Antwort für die ökologische Krise von heute liefern? Saito findet: jedenfalls eher als all die Politiker, die wenig verbindliche Nachhaltigkeitsziele als Lösung verkaufen. »Das ist nichts anderes als das neue Opium für die Massen. Die Leute sollen beruhigt werden.«



## II. Alle Macht dem Staat

Vom Ende des Neoliberalismus und wie die Lieblingsökonomin der Bundesregierung eine grüne Wirtschaft bauen will

Die konservative Londoner »Times« hat Mariana Mazzucato einmal »die furchterregendste Ökonomin der Welt« genannt. Was durchaus abschätzig gemeint war. Wer Märkte und Finanzindustrie entmachten und den Staat zum Anführer der Wirtschaft machen will, schafft sich per se Feinde. Erst recht, wenn die Idee von einer klugen, selbstbewussten Frau vorgetragen wird.

Mazzucato kann mit dem Titel leben. Es schadet nicht, wenn einem der Ruf vorausseilt, ein bisschen gefährlich zu sein. Gerade wenn man es ständig mit Staats- und Regierungschefs zu tun hat in der Liga von US-Präsident Joe Biden oder Bundeskanzler Olaf Scholz.

Mazzucato reist nicht, sie stürmt derzeit um die Welt. In den vergangenen Wochen

war sie erst in Venezuela, um dem dortigen Präsidenten Ratschläge zu geben, hat danach das eine oder andere Panel auf der Weltklimakonferenz in Ägypten absolviert, war schließlich, wieder einmal, in Berlin. So ist es auch, wenn man mit ihr spricht: zack, zack, bloß nicht zu lange warten mit der nächsten Frage.

Die Italoamerikanerin, in Rom geboren, in den USA aufgewachsen, hat Energie für drei. Und ist damit zur aktuell einflussreichsten Ökonomin der Welt aufgestiegen. Mazzucato liefert zahlreichen Regierungen Skripte für »Green New Deals«, also den klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Die SPD in Berlin hat ihre Ideen in ihr Wahlkampfprogramm aufgenommen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck tauscht sich immer wieder mit ihr aus.

Das ist zumindest überraschend. Die meisten Ökonomen und westlichen Regierungen hatten in den vergangenen Jahrzehnten eine klare Vorstellung von der Hackordnung der Wirtschaftswelt. Und die sah so aus: Der Markt bestimmt, wo es langgeht, der Staat stört nur und hat sich möglichst rauszuhalten.

Mazzucato vertritt ziemlich genau das Gegenteil: Der Markt allein sei chancenlos im Kampf gegen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, vor allem den Klimawandel. Den Unternehmen fehlten Wille, Anreize und Übersicht. »Der Staat muss die Richtung vorgeben und ambitionierte Ziele setzen«, fordert Mazzucato. Er müsse gesellschaftliche Ziele benennen und alle Kräfte darauf konzentrieren. Für den Übergang zu einer emissionsfreien Wirtschaft brauche es »Innovationsmissionen«, die die komplette Wirtschaft umgestalten – »von der Art, wie wir bauen, zu dem, was wir essen und wie wir uns fortbewegen«. Wenn in einem Jahr Flüssigerdgas-Terminals aus dem Boden gestampft werden können, weil die Regierung es so will, warum dann nicht auch eine neue Solarindustrie und 10 000 neue Windräder?

Mazzucato, 54, ist seit 25 Jahren Professorin für Wirtschaftswissenschaften, derzeit lehrt sie am University College in London. Sie hat allerlei Preise gewonnen für ihre Forschung darüber, wie Innovationen entstehen. Nennt man im Gespräch mit anderen bekannten Ökonomen ihren Namen, ertotet man gleichwohl oft hochgezogene Augenbrauen. Nicht selten folgt dann ein Verweis auf die berühmte Aussage des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman: »Die großen zivilisatorischen Fortschritte sind nie von einer zentralisierten Regierung ausgegangen.« Das Zitat stammt allerdings aus dem Jahr 1962, und Mazzucato hat weder eine sozialistische Planwirtschaft noch eine aufgepumpte Industriepolitik, in der Ministerialbeamte Unternehmen managen, im Sinn.

Ihr geht es um große Ziele, um »Moonshots«. So wie die US-Regierung einst vorgab, innerhalb einer Dekade zum Mond fliegen zu wollen. Dazu aber müsse erst einmal das alte Narrativ getilgt werden, wonach der Staat lediglich dazu da sei, Marktversagen zu kor-



Philosoph Saito: Freiwillige Schrumpfkur

rigieren. Noch immer werde so getan, als sei es von vornherein unmöglich, dem Kapitalismus einen Zweck, eine Richtung vorzugeben.

Nur wie soll das gehen? »Ganz einfach«, sagt sie: »Indem man Unternehmen und ganze Industriesektoren nicht nur vorsichtig in diese Richtung steuert, sondern sie zwingt.« Anreize wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer seien ja ganz hübsch. Wirkungsvoller sei es, wenn der Industrie vorgeschrieben werde, nur noch »grünen« Zement zu verwenden – und der Staat im Gegenzug finanziell helfe. Eine andere Idee: Die Regierung könnte staatliche Zuschüsse an die Bedingung knüpfen, dass Unternehmen ihre Emissionen reduzieren. So hat es Frankreich bei seinen Darlehen an Air France in der Pandemie gemacht oder bei seinen Kreditgarantien für Renault.

Solche Vorgaben gebe es viel zu wenig. Schuld daran, sagt Mazzucato, sei ein »großer Designfehler« des modernen Shareholder-Kapitalismus. Der ermögliche es Konzernen, ihre Profite nicht in Innovationen zu stecken, sondern in Finanzgeschäfte und Aktienrückkäufe – von denen allein die Anleger profitieren. Bei dem Thema kommt Mazzucato sichtlich in Fahrt. Für 2022 haben allein US-Unternehmen angekündigt, rund eine Billion Dollar in Aktienrückkäufe zu stecken, statt sie in neue, gar nachhaltige Produkte zu investieren. »Das ist doch verrückt«, sagt sie.

Ihr schwebt ein Unternehmerstaat vor, der Firmen Anreize setzt, ihr Geld in übergeordnete Ziele zu stecken. Was Bundeswirtschaftsminister Habeck Anfang Dezember vorstellte, klingt, als stammte es direkt aus dem Handbuch der Ökonomin.

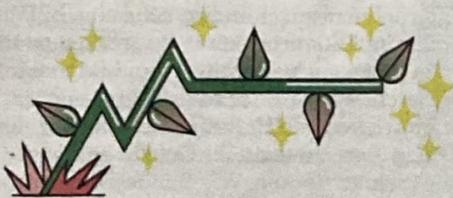
Ab nächstem Jahr will der Bund mit der Industrie sogenannte Klimaschutzverträge schließen: Wer klimafreundlich produziert, obwohl das teurer ist, bekommt vom Staat bis zu 15 Jahre lang die Mehrkosten erstattet. Vor allem die Stahl-, Chemie-, Zement- und Glasindustrie sollen damit angetrieben werden, schnell auf eine grüne Fertigung umzu-

steigen. Darauf angesprochen, nickt Mazzucato zufrieden: »Das ist der Weg.« Auch in den Unternehmen, die sich lange jeden Eingriff verbaten, weicht der alte Reflex, den Staat auf Distanz zu halten. Die Aufgaben sind schlicht zu groß, um sie allein zu bewältigen. Für die grüne Transformation seien »staatliche Förderinstrumente unverzichtbar«, sagt etwa ThyssenKrupp-Chefin Martina Merz.

Die Jahrzehntelange Epoche des Neoliberalismus dürfte damit endgültig vorbei sein. Seit den frühen Achtzigerjahren hatte der Glaube, die Märkte wüssten es am besten, alle politischen Lager geeint. In den USA war der rechtskonservative US-Präsident Ronald Reagan ideologischer Vordenker. Am schärfsten vorangetrieben aber wurden Deregulierung und Globalisierung von Bill Clinton, dem Demokraten. Und in Deutschland vom sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder.

Die Jahrzehnte unkontrollierter Märkte führten direkt in die Finanzkrise von 2008, die zugleich das Ende des Neoliberalismus einläutete. Die massiven staatlichen Eingriffe, mit denen die Wirtschaft damals vor dem Kollaps gerettet wurde, »mussten zwangsweise als Bote einer neuen, den Neoliberalismus ablösenden Ordnung verstanden werden«, sagt Wirtschaftshistoriker Tooze. Der vielleicht letzte Sargnagel sei die Pandemie gewesen. Erneut mussten Regierungen intervenieren, um das Schlimmste zu verhindern. »Es drängt sich das Gefühl auf, dass wir einen Wendepunkt erreicht haben.«

Womit der Weg frei würde für eine »missionsorientierte Fiskalpolitik«, wie Mazzucato das nennt. Seit den Achtzigerjahren sei ein ausgeglichener Haushalt quasi Selbstzweck gewesen, in den USA, in Großbritannien und in Deutschland mit seiner Schuldenbremse sowieso. »Deutschland hat aber jetzt mal eben 190 Milliarden Euro hervorgezaubert, die USA stützten die Wirtschaft in der Pandemie mit fünf Billionen Dollar«, sagt Mazzucato. »Warum wird das Geld immer nur über Nacht in Notsituationen herausgeholt? Wenn es um große gesellschaftliche Aufgaben von Gesundheit bis Umwelt geht, heißt es: Geht nicht, wir müssen auf die Staatsschulden achten.«



### III. Geht's vielleicht auch ohne Wachstum?

Unternehmen verabschieden sich vom Shareholder-Value

Ausgerechnet im Londoner Finanzviertel über Nullwachstum zu reden ist ziemlich ketzerisch. In jedem Gebäude scheint ein Hedgefonds zu sitzen, Nadelstreifenbanker mit Krawatte – ja, die gibt es noch – eilen geschäftig



Ökonom Jackson: Mehr, mehr? Alles Quatsch

durch die Straßen. Tim Jackson lächelt an diesem verregneten englischen Novembertag müde über die Szenerie, er hält nicht viel von Feindbildern. Obwohl er selbst ein gutes abgibt.

Jackson, Ökonom, Philosoph, Professor an der University of Surrey, hat schon vor mehr als einem Jahrzehnt ein Standardwerk moderner Kapitalismuskritik geschrieben: »Wohlstand ohne Wachstum«. Jackson beschreibt darin die aktuelle Wirtschaftsordnung als ihrer »Natur nach auf die vermeintliche Unersättlichkeit menschlicher Bedürfnisse angewiesen, in der permanenten Erwartung stetig wachsender Konsumausgaben«. Der Kapitalismus unterstelle, dass der Mensch gar nicht anders könne, als ständig mehr haben zu wollen: mehr Geld, mehr Besitz. Mehr, mehr, mehr.

In Wirklichkeit alles Quatsch, sagt Jackson. Wer genau hinsehe, stelle schnell fest, dass lediglich Ökonomen glaubten, es ginge nur so. »Die gute Nachricht ist: Wir brauchen keinen radikalen Wandel in der menschlichen Natur, um Wohlstand zu erreichen.« Die schlechte Nachricht: »Unser Wirtschaftsmodell ist von Grund auf fehlerhaft.«

Jackson hatte das alles schon 2009 für die britische Regierung zusammengetragen: ob eine moderne Volkswirtschaft wirklich so sklavisches auf immerwährendes Wachstum fixiert sein müsse? Jacksons Antwort: nein. »Kam gar nicht gut an«, sagt er heute. Gordon Brown, der damalige Premierminister, versenkte die Studie.

Heute ist die Frage aktueller denn je: Müssten wir in einer endlichen Welt wirklich immer weiter expandieren, damit Wirtschaft und Wohlstand nicht zusammenklappen? Seit der ökonomischen Klassik, die im 18. Jahrhundert entstand, wird die Frage meist vehement bejaht. Die kurze Version geht so: Ohne Wachstum sparen Unternehmen und kürzen Stellen. Erst bricht der Arbeitsmarkt ein, dann der Konsum. Bestenfalls führt das zu Stagna-

tion. Der Lebensstandard schwächelt, die Wohlstandsgewinne bleiben aus. Im schlimmsten Fall entsteht eine Spirale aus Dauerrezession oder Depression. Nichts, womit Politiker freiwillig experimentieren.

Nur: Inzwischen lässt sich diskutieren, wie lange der Wachstumsverzicht noch freiwillig ist, wenn sich der Planet weiter so schnell aufheizt. Muss wirklich jeder Turnschuhfabrikant jedes Jahr noch mal fünf Millionen Paar Sneaker mehr absetzen? Jeder mittelständische Schraubenhersteller jährlich zehn Millionen Euro mehr verdienen? Der Einzelhandel immer sofort in kollektives Wehklagen ausbrechen, wenn das Weihnachtsgeschäft nicht wenigstens drei Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegt?

Für Jackson und andere Kritiker ist die Antwort klar: Es gehe weniger um »ökonomische Hard Facts« als um einen über bald zwei Jahrhunderte aufgebauten kulturellen »Wachstumsmythos«, der sich tief in die Psyche der Industrienationen gegraben habe.

Daran vermochte auch der mittlerweile 50 Jahre zurückliegende erste, sehr laute Warnschuss nichts zu ändern. Im März 1972 erschien »Grenzen des Wachstums«, die erste umfangreiche Studie über die Folgen der unentwegten menschlichen Expansion. Beauftragt hatte sie der Club of Rome, eine gemeinnützige Organisation, die sich seit 1968 für eine nachhaltige Zukunft einsetzt.

Die Wissenschaftler bedienten sich damals neuer Computermodelle und kamen zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Ressourcen des Planeten würden ein gleichbleibendes Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung über das Jahr 2100 heraus nicht hergeben. Es drohten dramatische Folgen für Mensch und Umwelt. Die Studie wurde scharf kritisiert, ihre Schlussfolgerungen wurden von vielen Gegnern kategorisch abgelehnt, auch in den folgenden Jahrzehnten – obwohl sich die Berechnungen immer wieder neu bestätigten.

Nun weichen die Fronten langsam auf. »Im Grunde hängt nichts von der absoluten Größe einer Volkswirtschaft ab«, sagt Robert Solow, der für seine Forschung mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet wurde. »Entschließt sich der Großteil einer Bevölkerung, ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, indem sie weniger materielle Güter konsumiert und verstärkt auf Freizeit und Dienstleistungen setzt, spricht aus wirtschaftlicher Sicht also absolut gar nichts dagegen, nach diesem Entschluss zu handeln.«

Allerdings, warnt Solow, müsse man während einer Übergangszeit mit den Konsequenzen leben, angefangen von steigender Arbeitslosigkeit bis hin zu schrumpfenden Einkommen.

Ganz ohne Wachstum wollen deshalb die wenigsten Wirtschaftsexperten auskommen. Stattdessen wird über sanftere Wege des Entzugs nachgedacht, was vor allem bedeutet: richtiges von falschem Wachstum zu trennen. Beispielsweise bei erneuerbaren Energien massiv wachsen, dafür aber die Ölindustrie

# Das Ende des Wohlstands?

## Auf Kosten der Natur

Ein wichtiger Indikator für Nachhaltigkeit ist der **ökologische Fußabdruck pro Person**. Er bezeichnet die biologisch produktive Fläche der Erde, die notwendig ist, um den Lebensstil eines Menschen zu ermöglichen. Gemessen wird die Fläche in globalen Hektar (gha).

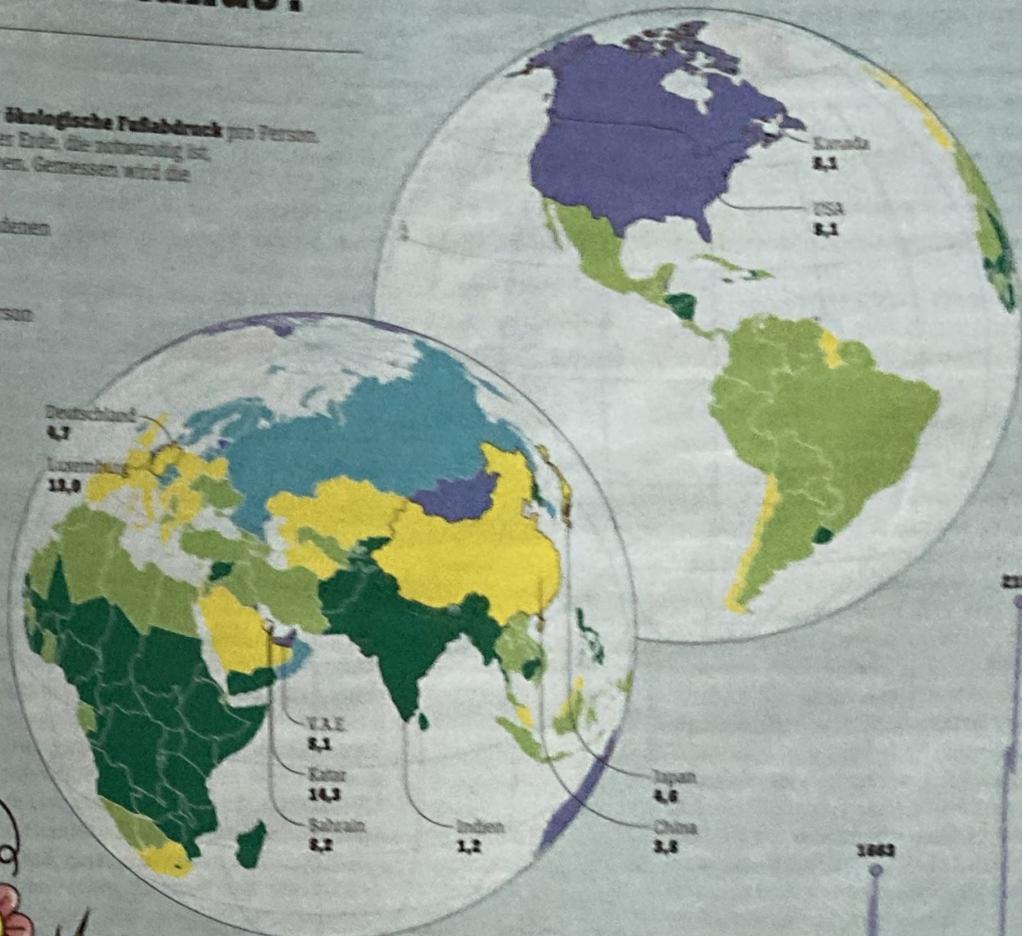
Für einen nachhaltigen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen darf der ökologische Fußabdruck **1,6 gha** pro Person nicht übersteigen.

Derzeit liegt der ökologische Fußabdruck pro Person weltweit bei

# 2,8 gha

### Ökologischer Fußabdruck pro Person in gha

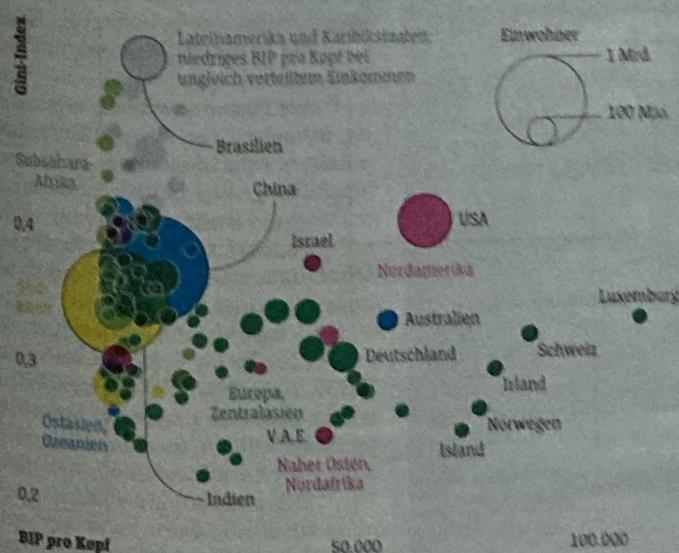
- weniger als 1,7 gha
- 1,7 bis unter 3,4
- 3,4 bis unter 5,1
- 5,1 bis unter 6,8
- 6,8 und mehr
- keine Daten



## Ungleich verteilt

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung in einem Land kann mit dem **Gini-Index** beschrieben werden, bei 0 sind alle Einkommen gleich verteilt, bei 1 maximal ungleich verteilt.

### Gini-Index und BIP pro Kopf in Dollar, ausgewählte Länder

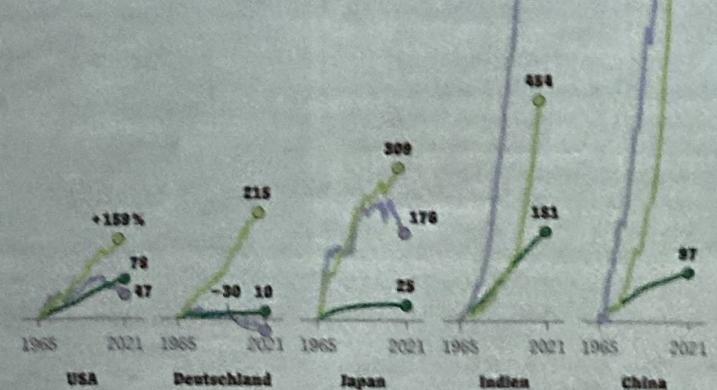


## Durchmischte Bilanz

Viele Länder profitieren seit Jahrzehnten von einem stetigen **Wirtschaftswachstum**, das in einigen Ländern jedoch mit einem hohen Ausstoß von Treibhausgasen verbunden ist.

- ▲ BIP pro Kopf in internationalen Dollar\*
- ▲ CO<sub>2</sub>-Emissionen\*\*
- ▲ Einwohner

Veränderung gegenüber 1965 in Prozent, ausgewählte Länder



S-Quellen: Global Footprint Network 2022, Daten von 2018; Weltbank, Stand: jeweils jüngste verfügbare Daten zwischen 2017 und 2019; Maddison Project Database 2020, Daten von 2018; Global Carbon Project, Stand: 2021; Gapminder, Uvo, HYDE, Stand: 2021; Our World in Data

\* kaufkraftbereinigte Vergleichswährung  
\*\* produktionsbezogen

einstampfen. Oder Stahlfabriken durch digitale Start-ups ersetzen.

Erste Erfolge des Umdenkens sind bereits sichtbar. Zuletzt fielen in 30 Ländern die CO<sub>2</sub>-Emissionen, obwohl die Wirtschaft wuchs, darunter auch Deutschland. Um den Planeten zu retten, werde das nicht reichen, sagt Jackson. Warum also nicht einfach akzeptieren, dass Wachstum in den Industrieländern inzwischen ohnehin nur noch einen begrenzten Beitrag zur Lebensqualität leiste?

Dagegen dürften schon geostrategische Überlegungen sprechen. Weder Europäer noch Amerikaner werden einfach zusehen wollen, wie China und andere Autokratien wirtschaftlich mit Vollgas expandieren – und damit politisch immer mächtiger werden. Stimmt schon, sagt Jackson, aber die Eurozone sei seit dem Jahr 2000 im Jahresschnitt ohnehin kaum mehr als ein Prozent gewachsen. »Das Wirtschaftswachstum wird im Westen in absehbarer Zeit enden.« Schon deshalb mache es Sinn, darüber nachzudenken, wie es anders gehen könnte.

Tatsächlich versuchen immer mehr Unternehmen, einen eigenen Weg in Richtung Postwachstum zu finden. Vor drei Jahren erklärten die 200 größten amerikanischen Konzerne in einem gemeinsamen Statement, dass sie künftig nicht mehr nur ihren Aktionären, sondern »allen Stakeholdern« verpflichtet seien: Kunden, Mitarbeitern und Geschäftspartnern, ja der gesamten Gesellschaft. Für den »Business Roundtable«, die mächtigste Unternehmensvereinigung der Welt, in der sich zahlreiche Großkonzerne von Apple bis Goldman Sachs zusammengeschlossen haben, war das ein großer Schritt. Bislang gaben sie sich allein ihren Shareholdern verpflichtet. Es galt dort eher das berühmte neoliberale Motto von Milton Friedman: »Die soziale Verantwortung von Unternehmen ist, ihre Profite zu erhöhen.«

Was davon PR-Geklingel und was ernst gemeint ist, bleibt abzuwarten. Nicht jeder Konzern wird sich gleich so nachhaltig verhalten wie der amerikanische Sportartikelriese Patagonia, der alle Erträge in den Umweltschutz steckt. Aber kleine Schritte helfen ja auch: So hat sich Konkurrent Adidas vorgenommen, von 2024 an für alle Schuhe und Sporttextilien kein neu erzeugtes Polyester mehr zu verwenden, sondern nur noch recycelten Kunststoff.

Einen Schritt weiter geht der Schweizer Mittelständler Freitag, 400 000 Tragetaschen und Porte-

## Konzerne von Apple bis Goldman Sachs versprechen, nicht nur den Anlegern verpflichtet zu sein, sondern der Gesellschaft.

monnaies verkauft das Unternehmen jährlich in 25 Ländern. Und viel mehr sollen es auch nicht werden. Nicht weil Markt oder Mannschaft erschöpft wären, sondern weil sie damit einfach zufrieden sind.

Das bislang übliche »Höher, schneller, weiter« sei nicht »erstes Unternehmensziel«, sagt Daniel Freitag, der das Unternehmen vor 30 Jahren mit seinem Bruder Markus gründete. Stattdessen gehe es darum, »dass alle von ihrer Arbeit gut und zufrieden leben können«. Die Freitags glauben nicht, dass »der Turbokapitalismus noch die richtigen Antworten« biete, für zu groß halten sie die Kollateralschäden. Stattdessen möchten sie zeigen, wie langsamer, ausgeglichener »für alle gesünder« funktionieren kann.

Die beiden erstellten schon in den Neunzigerjahren nach den ersten Erfolgen einen Katalog von acht Punkten, der ihnen wichtig ist: Von Qualität und Langlebigkeit ist darin die Rede, von einer gelebten Kreislaufwirtschaft. Schon seit Jahren, lange bevor große Handels- und Modekonzerne die Idee für ihr Marketing entdeckten, gibt es bei den Freitags die Möglichkeit, gebrauchte Taschen einzusenden und zum Selbstkostenpreis reparieren zu lassen. Tausende Kunden nutzen den Service jedes Jahr. Man verdiene nichts daran, sagt Daniel Freitag. Unternehmerisches »Glück«, so die Brüder, liege nicht in wachsenden Gewinnen allein.



Milliardär Dallo: Marx statt »Wall Street Journal«



## IV. Mensch statt Markt Vorschläge für eine gerechtere Gemeinschaft

Auf den ersten Blick dürften sich Eva von Redecker und Minouche Shafik nicht viel zu sagen haben. Eigentlich müssten sie sich sogar spinnefeind sein.

Hier die Deutsche Redecker, feministische Philosophin mit Vorliebe für Marx, auf einem Biobauernhof aufgewachsen, Protestbewegungsvordenkerin, die rassistische Unterdrückung und kapitalistische Herrschaft eng miteinander verknüpft sieht.

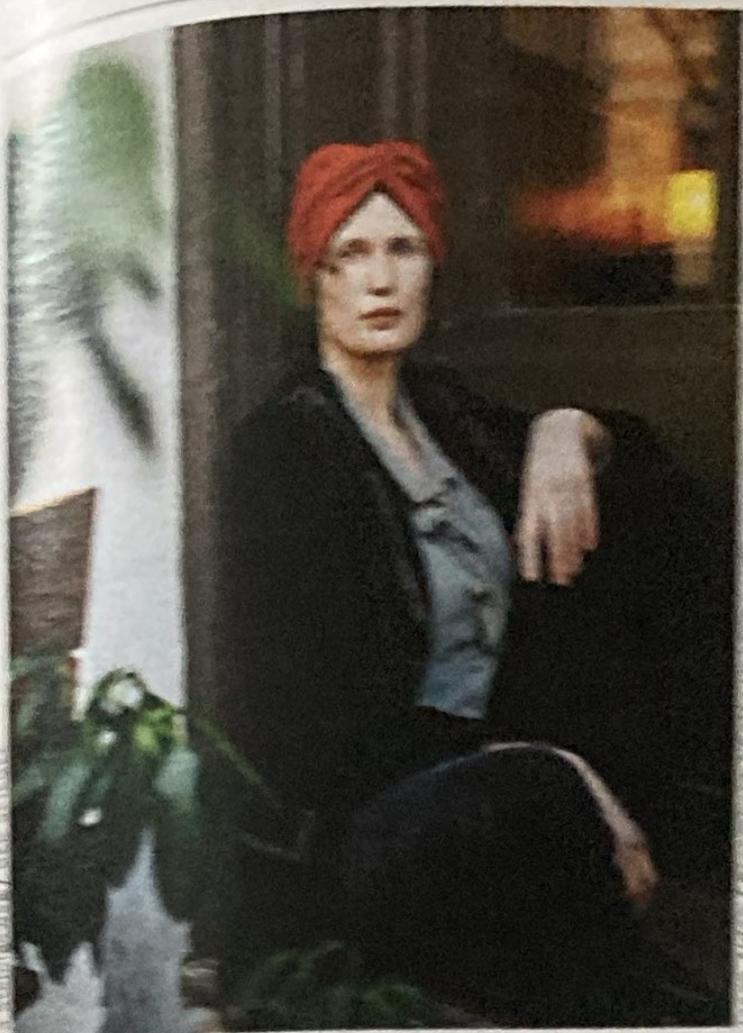
Dort Shafik, die pragmatische Ökonomin, Baroness und Mitglied des britischen Oberhauses, einst Vizepräsidentin der Weltbank, nun Direktorin der Kapitalisten-Kaderschmiede London School of Economics.

Aber vielleicht ist es das Besondere an diesen Zeitenwende-Zeiten, dass man von unterschiedlichen Polen aus zu sehr ähnlichen Schlüssen gelangen kann. »Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen in vielen Ländern vom Gesellschaftsvertrag und dem Leben, das er ihnen ermöglicht, enttäuscht sind – und das, obwohl der materielle Wohlstand in den vergangenen 50 Jahren immens gestiegen ist«, sagt Shafik, die in Oxford ausgebildete Ökonomin. »Der Kapitalismus zerstört das Leben«, sagt Redecker, die in Cambridge ausgebildete Philosophin.

Gutes Zusammenleben, sagen beide, brauche neue Regeln, Reformen müssten vom Menschen, nicht vom Markt her gedacht werden. Shafik hat darüber ein Buch geschrieben: »Was wir einander schulden«. Redecker veröffentlichte eine »Philosophie der neuen Protestformen«.

Gleichwohl gibt es naturgemäß unterschiedliche Rollen zu verteilen. Shafik, die erfahrene Finanzexpertin, macht konkrete politische Vorschläge. Redecker, die messerscharfe Vordenkerin, formuliert ihre Ideen radikaler. Als Philosophin fühlt sie sich nicht zuständig dafür zu skizzieren, auf welche Weise sich die Dinge konkret ändern sollten.

Vor allem an einer Gewissheit will Redecker rütteln: dass der Kapitalis-



Philosophin Redecker, Ökonomin Shafik: Gutes Zusammenleben braucht neue Regeln

mus in seiner jetzigen Form noch zukunfts-fähig sei. Für sie ist er untrennbar mit einer bestimmten Form des Eigentums verbunden, mit dem ein Recht auf Missbrauch einhergehe: Über Jahrhunderte habe der Feudalherr über Grund und Boden geherrscht, über die Menschen, die ihm untertan waren.

Die umfassende Herrschaft des Feudalismus sei zwar überwunden worden, aber andernorts habe sich die Ausbeutung umso mehr konzentriert: in der Versklavung schwarzer Menschen etwa oder der Entwertung weiblicher Arbeit. Weil also alles mit allem zusammenhänge, müsse auch alles zugleich verändert werden – die Besitzverhältnisse, die Geschlechterordnung und die, wie sie es nennt, »Erschöpfung der Natur«.

Als Antwort kann sie sich einen »Sozialismus für das 21. Jahrhundert« vorstellen, basierend auf Marx, aber weitergedacht. Als eine Art »Gemeinschaft der Teilenden«, die sich vieler miteinander zusammenhängender Probleme entledigen könnte: zu viel ermüdender Arbeit, Ressourcen-Raubbau, Herrschaft des Eigentums. »Anstatt Güter zu verwerten, könnten wir sie teilen«, sagt Redecker. »Wir könnten pflegen, was uns anvertraut ist, anstatt es zu unterwerfen.«

Für Redecker ist es kein Zufall, dass vor allem Frauen die derzeitigen Protestbewegungen antreiben: bei Fridays for Future, bei Black Lives Matter, in Belarus im Jahr 2020, jetzt in Iran. »In der Geschichte waren Frauen über Jahrhunderte eng mit dem Alltag verbunden, mit Fürsorge, mit den Grundlagen des Zusammenlebens und der Erhaltung der Lebensgrundlagen. Frauen haben Kinder bekommen, also das Leben hergestellt, Männer haben Dinge, Waren hergestellt.«

Arbeit von Frauen sei an den Bedürfnissen des Menschen orientiert gewesen, nicht an den Bedürfnissen des Marktes. Und deswegen sähen Frauen heute möglicherweise deutlicher als Männer, dass es um nichts weniger gehe als ums Überleben – der Menschheit.

Mimouche Shafik, die Direktorin der London School of Economics, hat ein paar konkrete Ideen, was helfen könnte – nicht nur für das Überleben, sondern auch für das Zusammenleben. Wie so viele sieht sie den ersten und wichtigsten Hebel darin, die Geldflüsse neu zu fokussieren. Aber nicht über einen noch ausgeprägteren Wohlfahrtsstaat.

»Der Staat darf nicht erst umverteilen, dann hat er bereits versagt«, sagt sie. Der Staat müsse »vorverteilen«: viel massiver in Bildung investieren, in Infrastruktur, in alle möglichen Formen von Chancengleichheit. »Es muss so früh wie möglich in alle investiert werden, besonders in die Benachteiligten, und aus diesem Einsatz kann eine produktivere Wirtschaft entstehen.«

Etwa so: Alle Menschen bekommen vom Staat von Geburt an ein Ausbildungsgeld von 50 000 Euro, das sie ihr ganzes Leben lang nutzen können, sei es fürs Studium oder um sich weiterzubilden.

Oder so: »umfassende und kostengünstige Kinderbetreuung«, und zwar von Kita bis Abitur. Für Gleichberechtigung, »das absolut wichtigste Instrument, die Datenlage ist dazu völlig eindeutig«.

Auch die »Schieflage der Steuersysteme, die Kapital begünstigt und Arbeit benachteiligt«, müsse behoben werden.

Neu ist das alles nicht, das weiß Shafik. Die großen Hebel wie Steuern, Rente, Bildung beeinflussen, wie wir leben und arbeiten und wie gut es uns dabei geht. Trotzdem, kritisiert Shafik, traue sich keiner ran, sie richtig umzulegen: »In den meisten Industrieländern verhalten wir uns so, als hätte sich die Welt nicht geändert.«

Weshalb jetzt der Moment gekommen sei, wo das ganze Modell, der Kapitalismus, weiterentwickelt werden müsse. »Wahrscheinlich sogar radikal«.

Es klingt inzwischen mehr nach Verheißung als nach einer Drohung.

Susanne Beyer, Simon Book, Thomas Schulz ■